Stadt Neumünster Der Oberbürgermeister Feuerwehr, Rettungsdienst und Katastrophenschutz

Neumünster, 27. September 2005

AZ: 13.1	
----------	--

Drucksache Nr.: 0645/2003/DS

Beratungsfolge	Termin	Status	Behandlung
Ausschuss für Brandschutz,	26.04.2005	Ö	Vorberatung
Rettungsdienst und Katastro-			
phenschutz			
Hauptausschuss	07.06.2005	Ö	Kenntnisnahme
Ratsversammlung	21.06.2005	Ö	Endg. entsch. Stelle

Berichterstatter: Oberbürgermeister Unterlehberg

Erster Stadtrat Arend

Verhandlungsgegenstand:

Gefahrenabwehr- und Kompetenzzentrum

Antrag:

1a. Für die Bereiche Berufsfeuerwehr,
Freiwillige Feuerwehr Stadtmitte,
Gefahrguteinsatzgruppe II, Rettungsdienst und
Katastrophenschutz ist eine gemeinsame Unterbringung
auf dem Gelände der ehemaligen Scholtz-Kaserne
zeitnah zu realisieren, eine Refinanzierung durch
Wohnhausbebauung und Finanzierungsmöglichkeiten
zu prüfen sowie eine Nachnutzung der jetzigen
Feuerwache umzusetzen, oder

1b. Für die Bereiche Berufsfeuerwehr, Freiwillige Feuerwehr Stadtmitte, Gefahrguteinsatzgruppe II und Rettungsdienst ist eine gemeinsame Unterbringung in der Wittorfer Str. 38 - 40 und eine gründliche Sanierung zeitnah zu realisieren sowie für den Katastrophenschutz eine geeignete Unterbringung zu suchen und zeitnah umzusetzen, und

2. jeweils über den Stand der Angelegenheit zu berichten.

Finanzielle Auswirkungen:

zu 1a: ca. 9 Mio €Planungs- und Baukosten zu 1b: ca. 6,24 Mio €Planungs- und Baukosten für den Ausbau der Wittorfer Str. zuzüglich der noch zu ermittelnden Kosten für die Unterbringung des Katastrophenschutzes

<u>Begründung:</u>

Auf der Sitzung am 27.10.2004 wurde beschlossen, die Einrichtung eines Gefahrenabwehr- und Kompetenzzentrums auf dem ehemaligen Gelände der Scholtz-Kaserne abzulehnen, die Verwaltung zu beauftragen, die Einrichtung in der Hindenburg-Kaserne erneut zu prüfen, offene Fragen zu klären sowie Planungskosten für ein GAZ in 2005 und Baukosten für ein GAZ in 2006 einzustellen. Diesem Beschluss wurde durch die Ratsversammlung am 16.11.2004 einstimmig zugestimmt.

Am 14.12.2004 wurde auf einer gemeinsamen Sitzung mit dem Bau-, Planungs- und Umweltausschuss das FIRU-Gutachten zur Hindenburg-Kaserne vorgestellt. Dieses Gutachten wurde den Fraktionen auf einer interfraktionellen Sitzung am 28.02.2005 vorgestellt.

Die Verwaltung hat die Vorschläge des Gutachters geprüft und positioniert sich dergestalt, in der Hindenburg-Kaserne kein Gefahrenabwehr- und Kompetenzzentrum zu planen und zu errichten. Ausschlaggebend hierfür war nicht, ob eine Realisierung möglich wäre, vielmehr standen übergeordnete Gesichtspunkte der Stadtentwicklung für andere Nutzungen im Vordergrund.

Am 15.02.2005 informierte der Ausschussvorsitzende über das bekundete Interesse des Malteser Hilfsdienstes an einer Nachnutzung der Feuerwache.

Zu 1a:

Nachdem sich nach der Prüfung keine positive Entscheidung für ein Gefahrenabwehr- und Kompetenzzentrum in der Hindenburg-Kaserne anbietet, ist alternativ für die Berufsfeuerwehr, die Freiwillige Feuerwehr Stadtmitte, die Gefahrguteinsatzgruppe II, den Rettungsdienst und den Katastrophenschutz ein Gefahrenabwehr- und Kompetenzzentrum in der ehemaligen Scholtz-Kaserne umzusetzen. Diese Konversionsfläche bietet die Möglichkeit, bei der Umsetzung eines landesweiten Logistikzentrums für den Katastrophenschutz dieses dem GAZ anzuschließen und interessierte Hilfeleistungsorganisationen einzubeziehen.

Städtebaulich betrachtet wird eine seit Jahren brach liegende Konversionsfläche sinnvoll genutzt, für die ansonsten zur Zeit keine Nutzungsalternativen bestehen.

Bei den finanziellen Auswirkungen wurden Refinanzierungsmöglichkeiten durch Wohnhausbebauung (Komplementärnutzung) auf dem restlichen Teil des Geländes und Einnahmen durch eine Nachnutzung der jetzigen Feuerwache nicht berücksichtigt.

Zu 1b:

Nachdem sich nach der Prüfung keine positive Entscheidung für ein Gefahrenabwehr- und Kompetenzzentrum in der Hindenburg-Kaserne anbietet und durch Beschluss der Ratsversammlung vom 16. November 2004 eine Umsetzung in der ehemaligen Scholtz-Kaserne abgelehnt worden ist, ist alternativ für die Berufsfeuerwehr, die Freiwillige Feuerwehr Stadtmitte, die Gefahrguteinsatzgruppe II und den Rettungsdienst eine bauliche Lösung in der Wittorfer Str. 38 - 40 umzusetzen, die insbesondere auch die durch die Feuerwehrunfallkasse Nord festgestellte mangelhafte Unterbringung der freiwilligen Feuerwehr berücksichtigt. Für den Katastrophenschutz muss eine geeignete Unterbringungsmöglichkeit gesucht werden. Die Idee eines Gefahrenabwehrzentrums ist bei dieser Lösung nicht umsetzbar.

Unterlehberg Oberbürgermeister Arend

Erster Stadtrat